

# FÜR EIN OFFENES, SOLIDARISCHES, GLEICHBERECHTIGTES UND FEMINISTISCHES EUROPA

---

## AM 29. SEPTEMBER 2019 ANGENOMMENE PLATTFORM AM ENDE DES EUROPÄISCHEN TREFFENS „FRAUEN-MIGRATIONEN-ZUFLUCHT“

---

**Die 263 Teilnehmenden<sup>1)</sup> am europäischen Treffen „Frauen-Migration-Zuflucht“, das in Genf vom 27. bis 29. September 2019 stattfand, kamen aus zahlreichen Ländern dieser Welt. Nach zwei Tagen Diskussionen und Erfahrungsaustausch haben sie die folgende Plattform angenommen, um sich gemeinsame Kampfziele zu setzen und so mit der Bildung eines europäischen Widerstandsraums zur Verteidigung der Rechte der Migrantinnen zu beginnen.**

Weltweit stellen wir Frauen und LGBTIQ+Menschen fast die Hälfte der migrierenden Personen dar. Unser Status ist unterschiedlich, mehr oder weniger prekär, desgleichen wie die Gründe, die uns zum Auswandern zwingen. In unseren Ursprungsländern und auf dem Weg ins Exil und in den zu Unrecht als „Gast“-Länder genannten Ländern stossen wir auf Hindernisse, Diskriminierungen, sowie extreme Formen spezifischer Gewalt, darunter sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen, die als Kriegswaffen benutzt werden.

Wenn wir uns um Asyl bewerben, werden unsere Fluchtgründe häufig weder gehört, noch berücksichtigt. Wenn wir zum Arbeiten kommen, werden weder unsere Ausbildung, noch unsere vorherigen beruflichen Erfahrungen anerkannt, sodass uns häufig Branchen zugewiesen werden, in denen die Arbeitsbedingungen besonders prekär sind, wie Hausarbeit, Pflege, oder Sexarbeit, ohne die Opfer der Zuhälterringe und der organisierten Kriminalität zu vergessen, die noch extremer Prekarität und Gewalt ausgesetzt sind.

Die Menschen in diesen Branchen haben häufig keinen rechtlichen Status, und sind dementsprechend sehr benachteiligt, da sie ohne Aufenthaltsbewilligung verletzlich und leicht auszubeuten sind.

In einer kapitalistischen, patriarchalischen, rassistischen, heteronormierten und neokolonialen Gesellschaft, in der Nationalismus und Xenophobie sich gegenseitig verstärken, und in der die Regierungen den Zugang zu ihrem Staatsgebiet einzuschränken und die Migrationsströme zu kriminalisieren versuchen, ist es nötiger denn je, eine Plattform mit gemeinsamen Forderungen zu erstellen. Wir wollen ein offenes, solidarisches, gleichberechtigtes und feministisches Europa, das jedem Mensch das Bleiberecht, die Freizügigkeit, das Recht in Würde zu leben garantiert, sowie die Beiträge der Migrantinnen wertschätzt. Zu diesem Zweck ist die Schaffung eines europäischen Solidaritätsnetzwerks zwischen Migrantinnen und Frauen, die sich für die Ausweitung unserer Rechte einsetzen, nötig, und zwar unabhängig von unserem Rechtstatus. Zudem ist die Schaffung von Räumen zu fördern, die die Selbstorganisation der Migrantinnen, Solidarität und Widerstand erlauben.

---

## Die untenstehenden Forderungen und Anklagen bilden ein Arbeitsinstrument für unsere gemeinsamen Kämpfe.<sup>2)</sup>

### Um einen wirklichen Empfang zu gewährleisten, fordern wir:

- das Bleiberecht für alle: keine Aus- oder Rückschaffung (insb. im Namen der Abkommen) von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden und die Abschaffung des Prinzips der sogenannten „sicheren Länder“.
- die Aufhebung aller institutionellen und strukturellen Gewalt.
- die Abschaffung der Abschiebe- und Verwaltungshaft.
- die Bewegungsfreiheit und die Freizügigkeit.
- das Recht auf Arbeit und Ausbildung ab der Ankunft, ohne Diskriminierung.
- die Anerkennung der vorherigen Ausbildungen, Qualifikationen und Erfahrungen.
- ein genügendes kostenloses Angebot an Sprachkursen.
- würdige Wohnverhältnisse.

### Für eine tatsächliche Umsetzung des Istanbul Übereinkommens fordern wir:

- die vorbehaltlose Ratifizierung des Istanbul Übereinkommens durch alle Länder, die es noch nicht ratifiziert haben.
- die Rücknahme aller Vorbehalte und die Verteidigung dieses Übereinkommens gegenüber den Angriffen, denen es in einigen Ländern ausgesetzt ist; vollständige Anwendung, überall, des Istanbul Übereinkommens.
- gleiche Rechte für alle Frauen, die Opfer von Gewalt sind, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, des Ortes, an dem die Gewalt verübt wurde (inkl. auf dem Fluchtweg).
- die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen, unabhängig vom Zivilstand, der Familiensituation oder dem Arbeitgeber.
- genügend Ressourcen für Prävention, Aufklärung und Ausbildung über geschlechtsbezogene Gewalt.
- spezifische Ressourcen für die Vereine und Organisationen, die Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, begleiten.
- Anerkennung des Fachwissens der feministischen Organisationen, und Ausbildung der Akteure im Bereich der Gewalt und Gleichstellung der Geschlechter, Aufklärungskampagnen über alle Gewaltformen und eine genaue Registrierung aller Gewaltfälle.

### Für ein Europa, das den Frauen und LGBTIQ+Personen Zuflucht gewährt, verlangen wir:

- die Anerkennung geschlechtsbezogener Gewalt als Asylgrund.
- ein Asylverfahren und Empfangsbedingungen, die den spezifischen Bedürfnissen der Frauen und LGBTIQ+Personen gerecht wird.
- das Recht zu bestimmen, zu welchem Geschlecht die Personen, die sie anhören, gehören sollen.
- zentren, die die Vielfalt der sexuellen Orientierung, der geschlechtlichen Identitäten und Ausdrucksformen berücksichtigen.
- ein besonderer und verstärkter Schutz der unbegleiteten Minderjährigen bzgl. ihrer körperlichen, psychischen und sexuellen Unversehrtheit, das Recht auf Bildung (inkl. Berufsausbildung).
- das Recht der Zivilgesellschaft auf Zugang zu den Asylbewerberheimen, den Haftzentren und andere geschlossenen Räumlichkeiten, um die Isolierung aufzubrechen, die Bevölkerung über die Geschehnisse zu informieren und Solidarität zu schaffen.

---

### **Für einen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung für alle verlangen wir:**

- kostenlose, öffentliche und hochwertige Gesundheitsdienste, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- Berücksichtigung der unsichtbar gemachten körperlichen und/oder seelischen Leiden und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.
- eine Information über die Gesundheitsdienste z.H. der Migrantinnen und eine Ausbildung des Pflegepersonals über Migrationsfragen und mehr Mittel für die kulturelle Mediation.

### **Für einen vom Aufenthaltsstatus unabhängigen Zugang zur Justiz verlangen wir:**

- information über die Rechte, den Zugang, die Funktionsweise der Justiz in einer verständlichen Sprache und Ausdrucksweise.
- das Recht auf Gehör und Schutz, sowie das Recht, ernst genommen zu werden, auf der Grundlage der Vermutung der Richtigkeit im Fall einer Anzeige wegen Gewalt.
- trennung von Straf- und Verwaltungsverfahren.
- für Personen ohne rechtlichen Status, das Einrichten von Mechanismen, die dem Recht des Opfers vor der Immigrationsgesetzgebung Vorrang geben und daher keine Weitergabe von Daten zwischen Straf- und Migrationsbehörden.

### **Für die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit in Haushalt, Pflege und Erziehung, sowie ihre Unerlässlichkeit für das Leben verlangen wir:**

- die Regularisierung aller in der Hauswirtschaft Arbeitenden gemäss dem Grundsatz: eine Arbeit / eine Aufenthaltsbewilligung.
- ein geregelter und anständiger Lohn für die in der Hauswirtschaft Arbeitenden, der die Qualifikationen, Erfahrung und Mühseligkeit der Arbeit berücksichtigt.
- die Anwendung des geltenden Arbeitsrechts (Arbeitszeit, Ruhezeit, Pikettdienst), ebenso wie des Sozialversicherungsrechts für die Hauswirtschaftsbranche, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- die Vereinigungs- und Gewerkschaftsfreiheit.
- die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens 189 sowie dessen konkrete Umsetzung.
- den Einsatz der Staaten, um die Arbeit in Haushalt, Pflege und Erziehung sichtbar zu machen, und zuverlässige Statistiken zu erheben.

### **Gegen die Straffreiheit der transnationalen Konzerne (TNK) verlangen wir:**

- die Anerkennung der Verantwortung der TNK bei Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und Klimawandel, die zur Zwangsumsiedlung von Gemeinschaften und somit zu strukturellen Migrationsbewegungen führen.
- die Annahme eines internationalen bindenden Instruments über die TNK und die Menschenrechte, um die Straffreiheit der TNK zu beenden, Sanktionen einzuführen und den betroffenen Gemeinschaften Wiedergutmachung zukommen zu lassen.
- höhere Besteuerung der Profite der TNK.
- stärkung des öffentlichen Sektors und keine weiteren Privatisierungen.

Wir prangern die Rolle der Kriege, der Rohstoffpolitik, des Klimawandels sowie die Rolle der industriellen Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie als Ursache von Migration und Umweltzerstörung an.

Wir prangern die Rolle der TNK beim Klimawandel, der überdurchschnittlich die verarmten Gemeinschaften und diejenigen, die in prekären Verhältnissen leben (insb. die Frauen) trifft, an.

---

Wir prangern ein Finanzsystem an, das als Treiber und auch als Unterstützer der destruktiven Handlungen der NTK wirkt, unter der Mitschuld gewisser Staaten.

**Für eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne Sexismus, ohne Diskriminierungen verlangen wir:**

- die Gleichbehandlung aller BewohnerInnen, keine Diskriminierung aufgrund des Aussehens.
- die Bereitstellung von Mitteln für eine antirassistische und antisexistische Erziehung ab dem Kleinkindalter.
- die Freiheit sich so kleiden wie jede es wünscht.
- das Recht für alle am politischen Leben des Landes, in dem sie leben, teilzunehmen.

Wir prangern die alltäglichen rassistischen Belästigungen und Handlungen, Belästigungen am Arbeitsplatz sowie den institutionellen Rassismus an.

**Wir werden den Feminismus nicht missbrauchen und ihn nicht von Rassismus und Nationalismus erobern lassen!**

**Wir werden gegen alle fundamentalistischen Strömungen kämpfen!**

**Schluss mit dem Patriarchat, dem Neoliberalismus und dem Neokolonialismus!**

**Für die Anerkennung der Intersektionalität der Unterdrückungen und der Zusammenführung der Kämpfe!**

**Solidarität mit den Frauen weltweit!**

Hinweise:

1) ) Das europäische, in Genf geschaffene Widerstandsnetzwerk, umfasst zum heutigen Tag Frauen aus Afghanistan, Äthiopien, Belgien, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Chili, Deutschland, Kolumbien, Kongo, Eritrea, Spanien, Euskadi, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Italien, Kamerun, Katalonien, Kurdistan, Libanon, Litauen, Marokko, Norwegen, den Niederlanden, den Philippinen, Polen, der Schweiz, Sierra Leone, Syrien, Togo, der Türkei, Uganda und dem Vereinigten Königreich. Nebst den zahlreichen in der Schweiz oder in einem anderen europäischen Land im Exil lebenden Frauen haben solidarische Frauen, die mit ihnen in der Schweiz oder in einem anderen europäischen Land für die Anerkennung und Ausdehnung ihrer Rechte kämpfen, ebenfalls an diesem Treffen teilgenommen. Marokko und Algerien haben sich geweigert, Migrantinnen, die als Rednerinnen zu diesem Treffen eingeladen waren, ein Visum zu erteilen, obwohl diese Frauen die Anträge rechtzeitig und unter Einhaltung aller Verfahrensregeln gestellt haben.

2) Die untenstehenden Forderungen betreffen alle Menschen, unabhängig ihrer sexuellen Orientierung, Gender-Identität und Gender-Ausdrucks und Geschlechtsmerkmale. Die Forderungen, die für Frauen anwendbar sind, werden auch als anwendbar für alle Personen angesehen, die sich teilweise oder vollständig als Frau begreifen, unabhängig von dem bei der Geburt zugeteilten Geschlecht, ebenso wie für alle Personen, die als Frauen betrachtet werden (oder es in manchen Fällen wurden).